

Protokoll der 1. Öffentlichen Sitzung des Salzburger Monitoring-Ausschusses am 25. April 2019

Ort: Uni-Park Salzburg Stadt

Zeit: 13.00 Uhr – 17.00 Uhr

Thema: Barrierefreiheit 

im umfassenden Sinn der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderungen



Frau Landesrätin Klambauer begrüßt die Teilnehmer*innen



Erklärung: für blau unterstrichene Wörter gibt es eine Erklärung in
Leichter Sprache in Hurraki oder Bidok. Das sind Wörterbücher für
Leichte Sprache.

1) Begrüßung

Karin Astegger begrüßt das Publikum. Sie ist die Vorsitzende des Salzburger Monitoring-Ausschusses. Frau Astegger freut sich über die vielen Anwesenden und stellt das Programm der heutigen Veranstaltung vor.

Sie moderiert die Öffentliche Sitzung. Sie weist darauf hin: Alles, was heute gesagt und gemacht wird, ist bald auch im Internet auf der [Homepage](#)-Seite des Salzburger Monitoring-Ausschusses.



Vorsitzende Karin Astegger begrüßt die Teilnehmer*innen

2) Frau Landesrätin Klambauer

begrüßt als nächste Anwesenden. Sie ist als Mitglied der Salzburger Landesregierung unter anderem für die Bereiche [Gleichbehandlung](#) und Wohnbau zuständig.

Sie sagt, in Salzburg wurde schon viel für Barrierefreiheit erreicht.

Es gibt aber viele verschiedene [Barrieren](#). Für Menschen mit Behinderung gibt es viel mehr [Barrieren](#), als für Menschen ohne Behinderung. Wenn eine Person im Rollstuhl sitzt, sind Stufen eine Barriere, weil die Person nicht selbstständig in ein Gebäude kann. Wenn eine Person mit Lernschwierigkeiten nicht gut lesen kann, ist ein schwieriger Text eine Barriere, weil die Person nicht selbstständig zu den Informationen in dem Text kommt.

Wenn eine Person gehörlos ist, ist eine Tondurchsage eine Barriere, weil die Person die Tondurchsage nicht hören kann.

Wenn eine Person blind ist, ist ein Schild oder ein Text eine Barriere, weil die Person das nicht sehen kann.

Es muss daher noch viel gemacht werden: zum Beispiel bei der Kinder-Betreuung, beim Wohnen und in öffentlichen Einrichtungen wie zum Beispiel Ämtern. Barrierefreiheit muss für alle selbstverständlich werden. Alle Verantwortlichen müssen beim Planen, Bauen oder Gesetze machen an Barrierefreiheit und die Ziele der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen denken.



Frau Landesrätin Klambauer begrüßt die Teilnehmer*innen

3) Vorstellung des Salzburger Monitoring-Ausschusses

Zu der Sitzung heute sind alle 13 Mitglieder und Ersatz-Mitglieder des Salzburger Monitoring-Ausschusses gekommen.

Sie stellen sich vor und berichten über ihre Aufgabe im Monitoring-Ausschuss und warum sie dabei mitmachen.

Die Mitglieder Michaela Schmid, Wilfried Raith und Elisabeth Krenner berichten über ihre Arbeit und ihre Erfahrungen. Sie haben zum Teil selbst eine Beeinträchtigung und haben sich schon vor der UN-Behinderten-Rechts-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen eingesetzt.

Der Salzburger Monitoring-Ausschuss begann 2017 mit seiner Arbeit.

Seit diesem Jahr gibt es für den Monitoring-Ausschuss eine gesetzliche Grund-Lage.

Was der Monitoring-Ausschuss bisher alles gemacht hat kann man in seinem Tätigkeitsbericht und im [Internet](#) lesen.

Der Ausschuss bearbeitet verschiedene Themen, die für Menschen mit Behinderung wichtig sind. Er schreibt dazu Stellungnahmen und Empfehlungen.

Diese kann man auf unserer [Homepage](#) lesen.

Im Internet unter www.salzburg.gv.at/monitoringausschuss sind auch der Folder, der Tätigkeitsbericht, die Mitglieder und viele Informationen zu finden.

Karin Astegger erklärt kurz die [UN-Behinderten-Rechts-Konvention](#). Diese regelt Menschen-Rechte und will, dass Menschen mit Behinderungen gleich-berechtigter Teil der Gesellschaft sind und nicht ausgeschlossen werden.

Probleme gibt es noch im Bereich Schule und Kinder-Garten, der Arbeits-Welt, Wohnen, im Straßen-Verkehr, bei barrierefreien Wahlen oder auch in der Freizeit.

Es gibt auch noch viel zu wenige barrierefreie Sitzungs-Räume und Gebäude.

Wichtig ist auch der Ausbau der Persönlichen Assistenz für Menschen mit Behinderungen.

Als wichtigste nächste Schritte für den Salzburger Monitoring-Ausschuss nennt Karin Astegger:

- Die Ergebnisse dieser Öffentlichen Sitzung von heute in den nächsten Sitzungen besprechen. Die Ergebnisse in die Arbeitsplanung einarbeiten;
- Die Mitarbeit an der Erstellung des Landes-Aktions-Planes und
- Die Mitarbeit am Bericht für die [UNO](#), den Österreich machen muss.

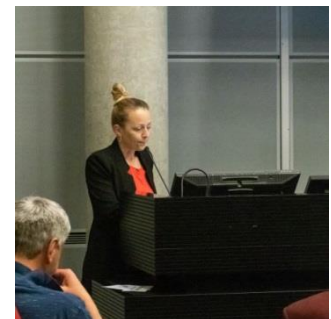
4) Beiträge zur Barrierefreiheit

Der Salzburger Monitoring-Ausschuss hat zwei Referentinnen und einen Referenten eingeladen, die zum Thema Barrierefreiheit in Salzburg und in Österreich berichten.

A) Christine Steger:

Barrierefreiheit betrifft alle Lebensbereiche

Frau Steger ist Vorsitzende des Bundes-Monitoring-Ausschusses in Wien. Dieser Monitoring-Ausschuss hat für ganz Österreich die gleichen Aufgaben und Ziele wie der Salzburger Monitoring-Ausschuss: Die Förderung und Überwachung der Rechte von Menschen mit Behinderungen.



B-MA Vorsitzende Christine Steger über Barrierefreiheit

Frau Steger sagt, Barrierefreiheit betrifft alle Bereiche des Lebens: **Bildung, Arbeit, Wohnen & Freizeit, Mobilität, Politik und öffentliches Leben!**

Nicht nur die Barrierefreiheit ist wichtig. Damit die Ziele der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen erreicht werden, müssen viele Gesetze und Maßnahmen besser gemacht werden. Das sagt Artikel 9 der UN-Behinderten-Rechts-Konvention.

Alle Menschen sind verschieden. Auch wenn sie keine Behinderung haben. Es sollen alle die gleichen Rechte haben und mitmachen können. Bis jeder Mensch so leben, wohnen und arbeiten kann wird es leider noch lange dauern.

Eine besondere Herausforderung stellen die Barrieren im Kopf der Menschen dar. Es ist wichtig, diese Barrieren in den Köpfen abzubauen.

Viele Menschen haben noch Vor-Urteile über Menschen mit Behinderungen und trauen ihnen viel Dinge nicht zu.

B) Heinrich Schellhorn:

Wo liegen die größten Herausforderungen bei der Barrierefreiheit? Was macht das Land Salzburg dagegen?



LH-Stv. Schellhorn bei seiner Rede

Herr Schellhorn ist einer der Stell-Vertreter des Landes-Hauptmannes von Salzburg. Er leitet den Bereich Soziales in der Salzburger

Landesregierung. Dazu gehören auch die Leistungen für Menschen mit Behinderungen und Inklusion.

Er sagt, es ist für ihn ein Freudentag bei der Sitzung des Salzburger Monitoring-Ausschusses dabei zu sein.

Er berichtet über die Arbeit im Behinderten-Bereich. Dazu gehören Wohnen, Arbeit und Betreuung für Menschen mit Behinderungen im Bundesland Salzburg. Er arbeitet mit der Sozial-Abteilung des Landes zusammen und es soll bald ein neues Gesetz für Menschen mit Behinderungen geben.

Er will das Angebot für **Persönliche Assistenz** für Menschen mit Behinderungen ausbauen.

In Salzburg sind zum Beispiel schon jetzt der Landtag und fast alle Museen barrierefrei.

Zu seinem Bereich gehört auch der [Focal-Point](#).

Der [Focal-Point](#) macht gemeinsam mit vielen Organisationen, Ämtern und Menschen mit Behinderungen einen [Landes-Aktionsplan](#) zur Umsetzung der UN-Behinderten-Rechts-Konvention. Er soll auch mit dem Monitoring-Ausschuss und Menschen mit Behinderungen zusammenarbeiten.

Auch Herr Schellhorn sagt, Barrierefreiheit kann nicht durch eine einzelne Maßnahme erreicht werden. Es müssen noch viele Dinge verbessert werden, damit Menschen mit Behinderungen genauso leben können, wie alle anderen Menschen.

C) Anja Hagenauer **Was macht die Stadt Salzburg für die Barrierefreiheit?**

Frau Hagenauer ist einer der Stell-Vertreterinnen des Bürger-Meisters der Stadt Salzburg. Sie leitet den Bereich Soziales der Stadt und arbeitet mit dem Sozial-Amt des Magistrates zusammen. Dazu gehören Leistungen für Menschen mit Behinderungen und der Behinderten-Beirat der Stadt. Die Stadt Salzburg hat schon sehr lange eine Beauftragte für Menschen mit Behinderungen. Derzeit ist das Sabine Neusüss.

Die Menschen im Behindertenbeirat haben viel Erfahrung und sollen bei Entscheidungen eingeladen werden und mitreden.

Auch Frau Hagenauer sagt, dass viele Menschen noch ihre Meinung zur Barrierefreiheit ändern müssen. Alle sollen daran denken, dass Barrierefreiheit nicht nur Menschen mit Behinderungen wichtig ist. Sie trifft leider immer wieder Menschen, die glauben Barrierefreiheit ist nicht wichtig.

Sie arbeitet daran, das zu ändern.

Barrierefreiheit hat auch sehr viel mit gleichen Rechten für alle Menschen zu tun. Niemand darf ausgeschlossen werden.



Anja Hagenauer sprach zum Thema Barrierefreiheit in der Stadt Salzburg

Der Magistrat ist für viele Gesetze, Regeln und Leistungen zuständig. Das Amt muss für alle Menschen ohne Unterschiede gleich arbeiten. Die Stadt Salzburg setzt sich für leichte Sprache ein. Daher macht das Sozial-Amt seine Schreiben und Informationen jetzt auch in leichter Sprache. Alle sollen besser verstehen, was das Amt will und was zu tun ist.

Die Stadt Salzburg hat bereits einen eigenen Aktions-Plan für die UN-Behinderten-Rechts-Konvention gemacht. Viele Vereine und auch Menschen mit Behinderungen haben mitgearbeitet. Frau Hagenauer will nun die Vorschläge des Planes mit der Stadt-Regierung prüfen und umsetzen. Auch sie sagt, für Barrierefreiheit müssen mehr Menschen und Stellen besser zusammen arbeiten.

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

1. Öffentliche Sitzung Salzburger Monitoring Ausschuss

Arbeitsgruppe 1: Politik & Teilhabe am öffentlichen Leben

Protokoll zum World Café

Leitung: Dominik Gruber; Erklärung LL: [Politik](#) und [Teilhabe](#)



Die Arbeits-Gruppe „Politik und Teilhabe“ beim Gespräch

1. Barrieren beim Einkauf

Hinweis: Digitale Medien sind moderne Geräte mit Internet wie Handy, [PC](#) oder TV. Auch [Soziale Medien](#) gehören zum Beispiel dazu.

- Eine gehörlose Person berichtet über ihre Probleme beim Kauf eines technischen Gerätes für ihren Fernseher.
Forderung: Große Handelsketten wie MediaMarkt, Saturn, Conrad, Spar, Hofer, und andere müssen Menschen mit Behinderungen mehr helfen und besser beraten.
- Wenn ein beeinträchtigter Kunde die Erklärung nicht versteht, müssen bessere Möglichkeiten gefunden werden. Es darf dafür keine Zusatz-Kosten geben.
Eine Lösung wäre auch eine bessere Persönliche Assistenz.

2. Persönliche Assistenz als flächen-deckendes Angebot:

Flächen-deckend heißt: Persönliche Assistenz soll es überall geben.

- Persönliche Assistenz (PA) als Unterstützung verbessert die [Teilhabe](#) am öffentlichen Leben. Diese soll ausgebaut werden. Dadurch brauchen Menschen mit Behinderungen meist weniger andere Unterstützung. Persönliche Assistenz ist für Menschen mit Behinderungen oft schwer zu organisieren.
- Es gibt zu wenig Information über das Pilot-Projekt des Landes. Viele Menschen mit Behinderungen wissen nicht, dass es das gibt.

3. Problem geteilter Assistenz-Leistungen (Freizeit-Assistenz):

- Die Freizeit-Assistenz ist nicht bei der Persönlichen Assistenz dabei, sondern ist eine eigene Leistung. Freizeit-Assistenz ist wichtig für die Teilhabe an der Gesellschaft besonders am Abend oder nachts für Menschen mit Behinderungen.

Viele Freizeit-Angebote gibt es nur am Abend, zum Beispiel Kino, Theater und Veranstaltungen.

4. Barrierefreiheit bei öffentlichen Veranstaltungen:

- Häufig werden Leistungen wie Gebärdensprache-Dolmetscherin, Leit-Systeme für Menschen mit Seh-Behinderungen oder Rampen für Rollstühle nicht angeboten. Dann können Menschen mit Behinderungen nicht hingehen. Die Veranstalterinnen und Veranstalter glauben, es besteht kein Interesse, weil keine Menschen mit Behinderungen kommen. Daher gibt es bei der nächsten Veranstaltung wieder keine Barrierefreiheit. Dadurch werden Menschen mit Behinderungen vom öffentlichen Leben langfristig ausgegrenzt.

Weitere Forderungen von Anwesenden sind:

- Es soll mehr Gebärdensprache-Dolmetscher im Fernsehen geben
- und es soll Tele-Text Untertitel, zum Beispiel bei „Salzburg Heute“ geben.

5. Sprache als Teil des öffentlichen Lebens:

- Sprache ist häufig ausgrenzend. Dies geschieht zum Beispiel auch im ORF; dort ist die Sprache nicht (immer) behindertenfreundlich; so werden Begriffe, die die Beeinträchtigungen als Eigenschaften ausweisen, häufig nicht verwendet, wie zum Beispiel „Mensch mit Gehörlosigkeit“.

6. Kräfte bündeln (!):

- [Selbstbestimmt](#) Leben Bewegung in Salzburg muss stärker werden, damit die Politik aufmerksam wird.

Vereine und Personen, die sich dafür einsetzen sollen zusammenarbeiten. Dann können die Ziele besser erreicht werden. In Zukunft sollen öfter Organisationen, Vereine und Ämter auf Menschen mit Behinderungen zugehen und fragen, was sie brauchen und nicht umgekehrt.

Ziel muss immer eine bessere Teilhabe sein, damit Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt leben können.

Selbstbestimmung heißt: Selber entscheiden wie man leben, arbeiten und wohnen möchte.

7. Haltung als Barrieren:

- Barrieren beginnen häufig im Kopf. Die Meinung vieler Menschen nennt man auch Haltung oder Einstellung. Das heißt, auch die Einstellung der Menschen sind Barrieren. Sie sagen Barrierefreiheit oder Inklusion ist nicht wichtig. Sie fragen auch nicht, was Menschen mit Behinderungen brauchen um öfter mitzureden und mitzumachen. Alle Betroffenen und Gruppen sollten besser und mehr zusammenarbeiten.

8. Fehlende Barrierefreiheit auf dem Land:

- Viele Angebote für Barrierefreiheit gibt es nur in der Stadt oder in großen Orten. In ländlichen Gemeinden ist oft großer Aufholbedarf

bezüglich Barrierefreiheit. Auch in Gemeinde-Ämtern besteht Bedarf an Verbesserung der Barrierefreiheit.

9. Barrieren bei politischen [Wahlen](#):

- Viele Menschen mit Behinderungen in und außerhalb der Stadt Salzburg brauchen Unterstützung bei Wahlen. Es soll auch bessere Informationen, Wahlplakate und Stimmzettel in leichter Sprache geben oder zumindest erhältlich sein.

Hinweis: Information zu Wahlen muss unabhängig sein. Das heißt: Information soll ohne Werbung für Parteien oder Kandidaten und Kandidatinnen sein. Wählen sollte nicht soweit unterstützt werden, dass das [Wahlgeheimnis](#) verletzt wird, außer dies ist ausdrücklich erwünscht.

10. Politische Bildung:

- Für Menschen mit Behinderungen soll es auch Möglichkeiten für politische Bildung geben. In Kursen lernt man wie Politik funktioniert. Mehr Menschen mit Behinderungen sollten auch selbst politisch aktiv sein.
Gute Informationen und Bildung heißt: sich auskennen und Bescheid wissen (um entsprechende politische Entscheidungen zu treffen).

Hinweis: Gut wären mehr barrierefreie Nachrichten (zum Beispiel in Gebärdensprache oder in einfacher Sprache). Eine Auswahl findet man unter: [Barrierefreie-Medien](#) oder [APA-Top Easy](#). Auch das Land Salzburg macht Nachrichten in einfacher Sprache ([Land Salzburg einfach](#)).

11. Beratung:

- Für bessere Barrierefreiheit brauchen manche Organisationen oder Ämter gute Beratung. Hier könnten Betroffene und Selbst-Vertreterinnen unterstützend wirken.

- Barrieren Kauf (+ Zusatzkosten)
De: Gehörlosen (technische Geräte)
- Persönliche Assistenz als Lösung? → PA für alle!
- Gebärdendolmetsch bei öffentlichen Veranstaltungen
(Dolmetsch sollte Normalität sein)
- Untertitel fehlen
- Haltung häufig das 1. Problem
- Kräfte bündeln
- Rahmenbedingungen für Teilhabe (Problem Lösung zur falschen Zeit)
(z.B. Disco)
- Wunsch Kooperation SMA - SLI
- Gemeinsam/Akteure häufig nicht Barrierefrei (Lern)
- Politische Bildung (beim Schulleiter) aktiv + passiv
- Stimmrechte in LL
- Beteiligungsprozesse stärken
- Consulting

Fotoprotokoll / Ergebnis der Arbeits-Gruppe „Politik und Teilhabe“:

Arbeitsgruppe 2: Bildung

Protokoll zum World Café

Leitung: Robert Schneider-Reisinger;

Erklärung LL: [Bildung](#) 



Die Arbeits-Gruppe „Bildung“ im Gespräch

1. Kurzer Austausch über Bildung und Barrieren

- Teilnehmer fragen nach dem Zugang zur Pädagogischen Hochschule in Salzburg. Das heißt: Können Menschen mit Behinderungen diese Universität besuchen?
Wichtig sind alle Bereiche der Ausbildung, das sind Kindergarten, Schule bis hin zu den Erwachsenen.
Das heißt: Bekommen in Salzburg alle Menschen die Bildung oder Schule die sie brauchen und wollen. Können auch Kinder und Menschen mit Behinderungen in den Kindergarten, in die Schule oder auf die Universität gehen?
- Das Peer Center für Menschen mit psychischen Behinderungen ([Peer Beratung](#)) wird von einer Selbstvertreterin vorgestellt:
 - a. Psychische Barrieren werden zumeist nicht genannt.
 - b. Menschen mit psychischen Krankheiten haben keine Chance, eine Ausbildung zu machen. Nach der Ausbildung ist es äußerst schwierig bis unmöglich, einen Arbeitsplatz zu finden.

- c. Weitere Barrieren und Stigmatisierungen ergeben sich durch „Ausnahmegenehmigungen“ (wie zum Beispiel kürzere Arbeitszeiten usw.)
- Hinweis auf das BLuE Hochschulprogramm der PH Salzburg als eine Möglichkeit auch für Menschen mit psychischer Erkrankung an der Hochschule zu studieren.
 - Hinweis auf Zusammenarbeit den Verein Pro Mente: Dieser Verein fördert die Teilhabe und Eingliederung am Arbeitsmarkt für Menschen mit psychischer Krankheit. Dabei werden verschiedene Modelle ausprobiert.
 - Ein Problem wird von Teilnehmern angesprochen: Die Berufsunfähigkeit / Arbeitsunfähigkeit wird von Betroffenen als „schlimm“ empfunden. Für sie bedeutet ein Arbeitsverbot für manche Menschen mit Behinderungen. Als Folge ist auch kein Ausprobieren beruflicher Optionen mehr möglich. Im Fall eines Malers wird berichtet, dass er aufgrund der genannten Einstufung seinem Berufswunsch nicht mehr nachgehen kann.

2. Schnittstellen; Wechsel und Übergänge / Sonderschule

- Was kommt nach der Schule? Das ist eine wichtige Frage für Menschen mit Behinderungen.
- Durch Sonderschulen kommen Menschen nicht mehr zusammen. Das heißt: Menschen mit und ohne Behinderungen lernen getrennt.
- Je „stärker“ die Behinderung, umso schneller ist die Aussonderung. Das heißt: Menschen mit Behinderungen müssen in eine andere Schule oder Gruppe. Sie können nicht mehr mitmachen.
- Ein schwieriges Thema wird angesprochen:
Es sollte bereits vor der Schule geschaut werden, was braucht das Kind mit Behinderungen – dann könnte wie in Südtirol oder Finnland schulische [Inklusion](#) umfassend erreicht werden.
- Die Anwesenden haben Verständnis für Eltern, die eine schwierige Entscheidung bei der Wahl der richtigen Schule treffen müssen. Allerdings gibt es keine echte Wahlfreiheit oder die Wahlmöglichkeit ist nicht gerecht. Zum Beispiel, weil die beste Schule weit entfernt ist.

3. Behörden und Betriebe

- Behörden und Betriebe wissen zu wenig über psychische Erkrankungen.

Wichtig ist die Bereitschaft, sich mit dem Thema zu befassen und sich darauf einzulassen. Auch Betroffenen fehlt oft der Mut, nachzufragen oder aufzuklären; das heißt: Darüber zu reden.

- Bei psychischer Erkrankung sind zwei Faktoren wichtig: Belastbarkeit und Kraft. Es fehlt die Kraft, über die Krankheit zu reden.
- Es braucht Wissen, Haltung und Bereitschaft seitens der Betriebe, um Menschen mit Behinderungen Arbeit zu geben. Sie sollten es wenigstens probieren.

Es gibt Betriebe, die diese Bereitschaft zeigen und Menschen mit Behinderungen beschäftigen.

4. Der / die / das Andere

- Menschen mit Behinderungen werden oft als „anders“ gesehen. Für einige Menschen ist „anders“ in der Vorstellung „gefährlich“.
- Abwertung (das heißt: schlecht darüber denken) ohne Erfahrung geht am besten, wen man „das Andere“ nicht kennenlernen will.
- Inklusion funktioniert im Kindergarten am besten. Das ist sehr interessant. Trotz „geringster“ Ausbildung der Betreuerinnen und Betreuer. Kinder haben noch weniger Vorurteile.
Es ist wichtig, dass Kinder von Anfang an mit Kindern mit Behinderungen zusammen spielen und lernen.

5. Barriere: Sprache

- In Tirol, Oberösterreich und Salzburg gibt es zu wenig Lehrerinnen und Lehrer, die Gebärdensprache beherrschen. Schülerinnen und Schüler müssen Lippen lesen. Außerdem gibt es kaum Gebärdensprach-Dolmetscherinnen, die in der Schule oder bei Kursen eingesetzt werden können (zum Beispiel: Führerschein).
- Anders in Kärnten: Aufgrund einer Aktion von Betroffenen und der „Kleinen Zeitung“ werden seit 2015 gehörlose Schülerinnen und Schüler fast lückenlos durch Lehrpersonen, die Gebärdensprache sprechen betreut.

6. Schule / Bildung

- Freie Wahl zwischen den Schul-Formen wurde von den Eltern erkämpft. Die Inklusion wird teilweise bewusst „von oben“ verhindert.
Beispiel: Das Ministerium in Wien verweigert Schüler mit Down Syndrom die Aufnahme in eine landwirtschaftliche Schule.
Erklärung: Ein Ministerium ist eine Behörde. Sie ist Teil der Bundes-Regierung. Es gibt verschiedene Ministerien: Zum Beispiel das Sozial-Ministerium, das Finanz-Ministerium oder das Bildungs-Ministerium. Das Sozial-Ministerium kümmert sich zum Beispiel um die Probleme von Menschen mit Behinderungen und die UN-Behinderten-Rechts-Konvention.
- Alle Kinder entwickeln ihre Persönlichkeit besser in sogenannten Inklusionsklassen. Kinder ohne Behinderungen lernen mehr über eigene Schwächen und können dazu stehen.
- Es besteht die Gefahr, dass ein Mensch hinter der psychischen oder auch körperlichen Behinderung „verschwindet“. Das heisst: Andere Menschen sehen nur mehr die Behinderung. Für Bildung ist besonders wichtig, jeden Menschen einzeln zu sehen. Gesunde gleich wie kranke Menschen und Menschen mit Behinderungen gleich wie Menschen ohne Behinderungen.

7. Was wünschen sich psychisch kranke Menschen?

- Menschen mit psychische Behinderungen haben es schwer am öffentlichen Leben teilzunehmen;
- Die Teilnehmer wollen keine defizit-orientierte Sichtweise mehr, sondern eine ressourcen-orientierte Ausrichtung.
Das heißt: Nicht nur die Schwächen, Fehler und was ein Menschen nicht kann sehen, sondern sehen was er kann, ist wichtig.
- Das Können und Wissen von Menschen mit Behinderungen soll für alle Menschen nutzbar sein.
- Was brauchen Menschen mit Behinderungen um gerne auf große Veranstaltungen (zum Beispiel einen Tanz-Ball oder ein Fußball-Spiel) zu gehen?

8. Kritik an Regierung und an der Politik:

- Ausbau des Sonderschul-Wesens widerspricht der UN-Behinderten-Rechts-Konvention.
- Oft gibt es viele Papiere, aber es wird wenig gemacht.
- Hinweis: Es gibt demnächst eine Empfehlung des Salzburger Monitoring-Ausschusses zum Thema Bildung.

9. Zusammenfassung zu Individualität / Inklusion / „Spezialwissen“

- Inklusion und Integration:
Es geht nicht um Schlecht-machen von Integration oder Sonderschule, es gibt kein „Entweder/Oder“. Die Erhaltung von beiden Systemen wäre besser. Sehr viele Betroffene waren ausgegrenzt.
- Inklusion ist grundsätzlich gut, aber nicht immer „gleich gut“. Die Gruppe der blinden Menschen weiß viel über sich („Gruppenwissen“). Alle Menschen sollen „Voneinander lernen“!
- Teilnehmer sagen worauf man achten sollte und nennen Beispiele: Ein betroffenes Kind in einer Gruppe hat vielleicht zu wenig Unterstützung, ist immer „Zweiter“, hat weniger Erfolge, steht im Mittelpunkt, unter Umständen fällt ein Teil der Selbständigkeit weg.
- Vielfalt von Kindern fördert die Möglichkeiten und das „Miteinander“. Teilnehmer sagen: Acht Jahre in der Sonderschule lernen und sich entwickeln können nicht gut sein. Manchmal werden „Schwerstbehinderten-Gruppen“ in der Schule durch Vermischung mit „leichter behinderten“ Menschen verborgen.
- Menschen, die nicht selbst behindert sind bestimmen die Regeln – wo bleibt da die Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderungen? Menschen mit Behinderungen sollen mitreden können.
- Die bessere Ausstattung einer Blindenschule ist ein wesentlicher Vorteil. Diese Ausstattung gibt es nicht flächen-deckend in allen Schulen.
- Die Bestimmungen sollten in Österreich gleich sein. Andere Bundesländer haben verschiedene Modelle: In Kärntner gibt es Kooperative Kleinklassen – Kinder mit mehrfacher

Beeinträchtigung und „vollständige“ Kinder werden gemeinsam unterrichtet -> umgekehrte Integration.

Das wurde wegen zu hoher Kosten aufgrund intensiver Betreuung kritisiert.

- In Kärnten werden Mittel oder Ausstattung an das Kind mit Behinderungen gegeben. Die Ausstattung ist an das Kind gebunden und nicht an die Einrichtung oder Schule. Es gibt eine Gruppe von Lehrerinnen und Lehrern mit besonderen Ausbildungen (zum Beispiel von Lehrerinnen, die gebärdensprachlich kommunizieren). Sie können Kinder gut unterrichten.
- Einrichtungen fördern nicht immer Selbstbestimmung – zum Beispiel „Axams“. Das ist die größte Behinderteneinrichtung in Tirol, aber „schlimmstes Dorf bezogen auf Barrierefreiheit“.

Fallen Barrieren weg, erleben sich Menschen nicht mehr als beeinträchtigt.

Bildung

Mediatorin: Robert Schneider-Reisinger

psychische Barrieren

» Unfähigkeit «

Transitionen

» sich ausprobieren dürfen «



den anderen
Anderen
» negieren «

Abschlüsse / Berechtigungen

Unterstützungen
(z.B. Versicherungen)

» In-Kontakt-kommen «

(Stichwort: Sonderschulen)
BARRIEREN
Strukturen
(systemische)

Barrierehaltung
Behinderungsformen

Wissen
Halbungen
Sprache (Bsp. K)

Verschmähen der Individualität

Ressourcenorientierung:
R. für alle nutzbar machen

» Umgekehrt 1. « : Spezialisieren nicht
(kooperative Klunkern) & auch Wissen der Gruppe

Kritik an > Monokultur <
& Dogmatismus
(s. Individualität)
Selbstbestimmung

Fotoprotokoll / Ergebnis der Arbeits-Gruppe „Bildung“:

Arbeitsgruppe 3: Mobilität

Protokoll zum World Café

Leitung: Wilfried Raith;

Erklärung LL: [Barrierefreie Mobilität](#)

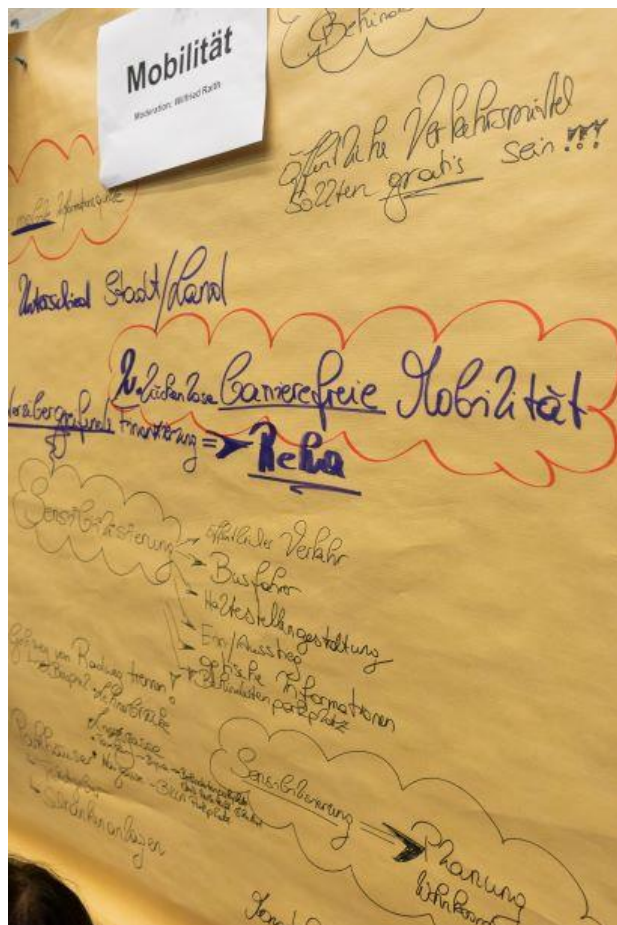


Die Arbeits-Gruppe „Barrierefreiheit und Mobilität“ bei der Diskussion

- Es besteht ein starker Unterschied im Angebot barrierefreier Verkehrsmittel und deren Erreichbarkeit zwischen der Stadt Salzburg und den Landbezirken.
- Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichten von der fehlenden Sensibilisierung der Fahrpersonals (zum Beispiel: Brems-Verhalten durch Bus-Fahrer).
Sensibel heißt: Sie denken zu wenig an Menschen mit Behinderungen. Aber sie machen es ohne Absicht. In einem Kurs könnten sie lernen darauf Rücksicht zu nehmen.
- Der Umgang mit Öffentlichen Verkehrsmitteln und der Bewältigung des Ein- und Aussteigens für Menschen mit Behinderungen wird nur in AUVA – Reha-Zentren vermittelt. Es soll mehr Kurse für alle Menschen mit Behinderungen geben. Zum Beispiel von den Verkehrs-Betrieben.

- Öffentliche Verkehrsmittel sollten für Menschen mit Behinderungen kostenfrei nutzbar sein. Die Bestimmungen für die Benützung sollte überall gleich sein.
- Teilnehmer berichten, Halte-Stellen sind nicht überall barrierefrei. Halte-Stationen sind für Menschen mit Behinderungen mangelhaft ausgestattet.
- Die Gestaltung von Fußgängerzonen ist oft nicht barrierefrei (zum Beispiel: Neigungen bedeuten einen unsymmetrischen Kraft-Aufwand, Wasser-Abflüsse können teilweise eine Unfallgefahr sein). Hier sollte es eine bessere Planung und mehr Information für Städte und Gemeinden geben.
- Gemeinsame Flächen für Radfahrer und Fußgänger sind eine Gefahr für Menschen mit Behinderungen (Hören, Sehen, Reagieren ...). Jede Gruppe sollte getrennte Wege oder zumindest Trenn-Linien haben.

Fotoprotokoll / Ergebnis der Arbeits-Gruppe „Mobilität“:



Arbeitsgruppe 4: Arbeit

Protokoll zum World Café

Leitung: Gottfried Wetzel;

Erklärung LL: Arbeit und [Beruf](#)



Die Arbeits-Gruppe zum Thema „Arbeit und Beruf“ beim Gespräch

Zusammenfassung der Ergebnisse:

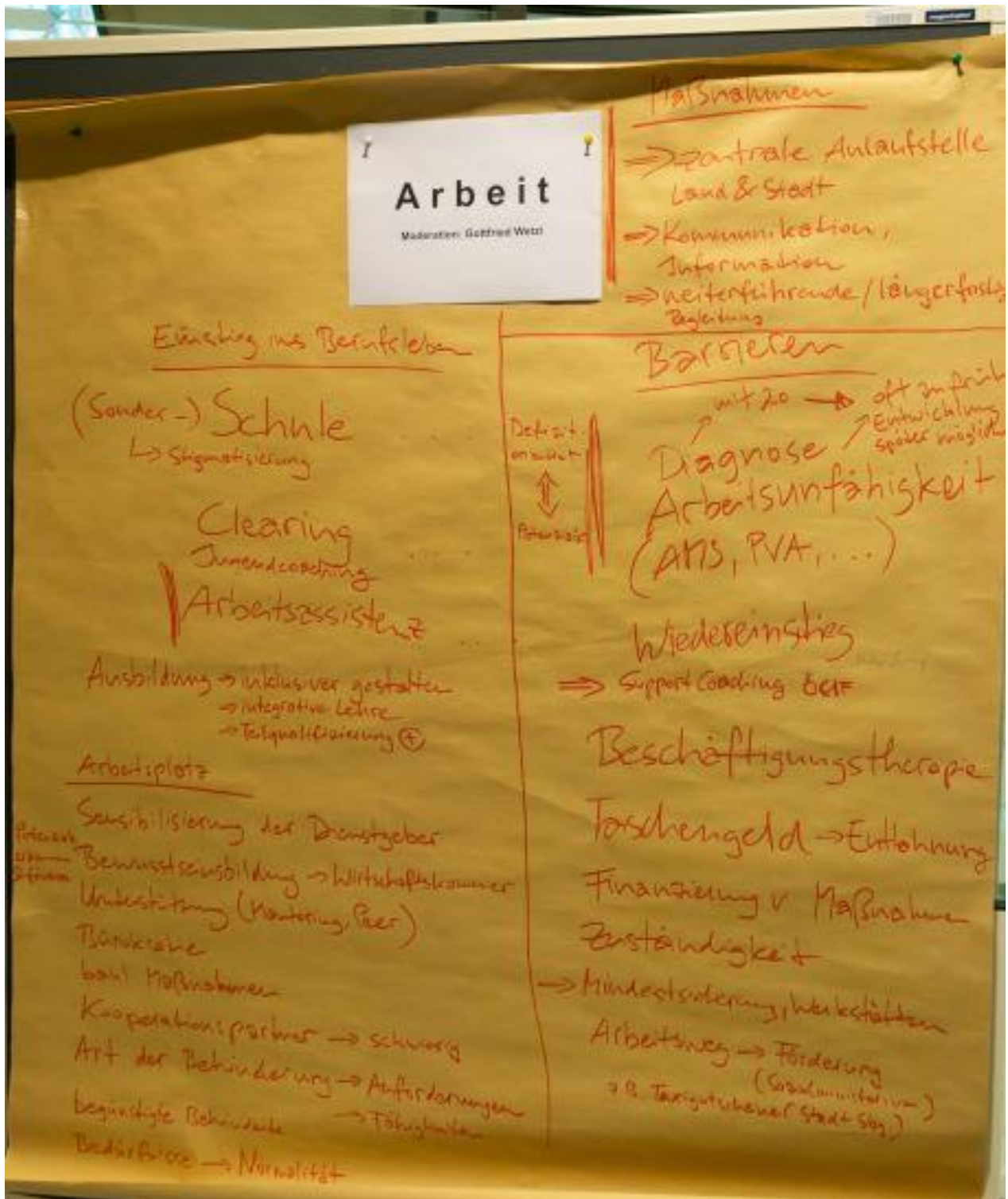
- Der Einstieg ins Berufs-Leben ist eine wichtige Schnittstelle für alle Beteiligten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichten, dass dabei der Sonder-Schul-Abschluss eine besonders große Barriere (Hindernis) für eine Arbeits-Stelle ist.

Beim Thema „Arbeit“ haben viele Menschen ein **Vorurteil**.

Das heißt: Manche Menschen glauben, sie wissen etwas über andere Menschen, was aber oft nicht stimmt. Oder sie beurteilen Menschen, bevor sie überhaupt etwas über diese Menschen wissen.

- Es soll mehr auf die Fähigkeiten der Menschen geschaut werden. Was Menschen mit Behinderungen können ist entscheidend.
- Wichtig ist sehr oft die Beurteilung der Arbeitsfähigkeit. Menschen mit Behinderungen werden nicht gerecht beurteilt.

- Die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit wird zu früh und ohne spätere Überprüfung festgestellt. Teilweise sind bereits Menschen im Alter von 20 Jahren davon betroffen.
- Zu viele Menschen mit Behinderungen werden in Werkstätten beschäftigt und bekommen nur Taschengeld.
- Beschäftigungs-Therapie ist keine Lösung für Menschen mit Behinderungen. Gefordert wird eine gerechte Entlohnung. Taschengeld ist nicht gerecht.
- Viele Arbeit-Geber und auch viele Arbeit-Suchende mit Behinderungen kennen die Angebote und Möglichkeiten zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen nicht (zum Beispiel: Arbeits-Assistenz, Coaching, Clearing, und anderes,...).
- Eine Unterstützung wird oft durch Bürokratie (das heißt: Verwaltung, viele Anträge) erschwert.
- Es soll mehr Bewusstseins-Bildung aller Beteiligten (zum Beispiel: durch die Wirtschafts-Kammer) geben.
- Schon die Ausbildung soll inklusiver gemacht werden:
 - o Integrative Lehre
 - o Teil-Qualifizierung
- Manchmal ist auch der Arbeits-Weg für Menschen mit Behinderungen eine Schwierigkeit.
- Alle Beteiligten sollen besser zusammen arbeiten. Es sollte eine zentrale Anlaufstelle für den Bereich Arbeit geben.
- Ein guter Ansatz ist das Angebot des [ÖZIV-Support-Coaching](#) oder Arbeits-Assistenz.
- Die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollen „Normalität“ und kein Mitleid.



Fotoprotokoll / Ergebnis der Arbeits-Gruppe „Arbeit und Beruf“:

Arbeitsgruppe 5: Freizeit und Wohnen

Protokoll zum World Café

Leitung: Thomas Thöny; Erklärung LL: [Freizeit](#) und Wohnen



Die Arbeits-Gruppe „Freizeit und Wohnen“ fasst ihre Ergebnisse zusammen.

Zusammenfassung der Ergebnisse:

- Es gibt zu wenig Wohnungen.
Menschen mit Behinderungen sind besonders betroffen.
Oft ist eine Wohnung zudem nicht barrierefrei.
- Die Mieten sind in Salzburg sehr hoch und man muss zum Sozial-Amt.
- Besonders für Menschen mit psychischen Behinderungen ist es sehr schwer eine Wohnung zu finden.
- Menschen mit Behinderungen werden bei der Planung und Vergabe von Wohnungen diskriminiert (das heißt [Diskriminierung](#)).

- Persönliche Assistenz kann vielen Menschen mit Behinderungen beim Wohnen und in der Freizeit helfen. Es gibt zu wenig Persönliche Assistenz.
- Persönliche Assistenz soll leichter und für mehr Menschen mit Behinderungen zu bekommen sein.
- Barrierefreiheit heißt viele Dinge müssen vorhanden sein:
 - o Rampen; (am Eingang; drinnen keine Stufen oder ein Lift).
 - o Behinderten-WC
 - o Unterstützung zum Hören (Gebärde, Induktions-Schleife...)
 - o Unterstützung zum Sehen (Leit-System)
- Oft ist es für Menschen mit Behinderungen auch schwer ein Gasthaus zu besuchen (zum Beispiel: weil es kein Behinderten-WC hat).
- Menschen mit Behinderungen haben weniger Möglichkeiten zur Auswahl die Freizeit zu verbringen (zum Beispiel: weil der Weg dorthin nicht barrierefrei ist).
- Stadtteil-Arbeit ist eine gute Möglichkeit die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu fördern.

Wohnen und Freizeit

Moderator: Thomas Thöny

- fehlender Wohnraum (Menschen mit psychische B.)
- fehlende Assistenzangebote
- mittelbare Diskriminierung vom sog. Bau recht.
(Keine Vorschriften für Hörschwerhörige)
 - ↳ nicht umfassend barrierefrei
 - ↳ **OIB** - Richtlinie
 - ↳ ab 5 Wohnungen → Veranstaltungen → kleine Theater
 - ↳ 4% Bf in T → Verpflichtung für StB
- Aussparung von öffentlichen Raum
 - ↳ TOILETTE z.B. Spielplatz
- Wahlmöglichkeiten schaffen → diese fehlen
- Assistenzleistungen niederschwellig
 - ↳ erleichterte Zugang
 - Erhöhung der Wohndauer zu Hause
- Ansatz → Stadtkulturarbeit, Teilhabe
- **AUSBILDUNG** - Barrierefreies Bauen

Fotoprotokoll / Ergebnis der Arbeits-Gruppe „Wohnen und Freizeit“:

Das Text-Protokoll und die Foto-Protokolle der 1. Öffentlichen Sitzung werden auf die [Home-Page des Salzburger Monitoring-Ausschusses](#) gestellt und der Link über E-Mail an alle Anwesenden versendet.

Hinweis: Wenn der Text für Sie zu schwierig ist, besuchen Sie unsere [Home-Page](#) mit der Bild-Zusammenfassung in LL.